



Derzeit leben Geflüchtete im Jugendtagungshaus. Die weitere Zukunft des Gebäudes ist noch unklar.

Foto: Elisabeth Ammer

Und noch immer viele Fragen offen

Endgültige Entscheidung beim Thema Jugendtagungshaus lässt weiter auf sich warten

Straubing-Bogen. Gemeinsam haben Kreis- und Bauausschuss am Montag Möglichkeiten für das Jugendtagungshaus in Geiselhöring besprochen. Zwar wurden in der Sitzung im Landratsamt einige frühere Überlegungen verworfen – was aber nun wirklich passieren wird, ist weiterhin offen.

Die bisherigen Sanierungspläne scheitern in Zeiten knapper Kassen am Geld, aus dem gleichen Grund kommt die Anmietung eines anderen Gebäudes nicht infrage. Neu aufgetaucht ist jüngst allerdings die Möglichkeit eines Gebäudetausches mit der Stadt Geiselhöring – beziehungsweise die Frage, ob eine Förderung nach dem Programm „Innen statt Außen“ denkbar ist.

Eine neue Möglichkeit

Den Vorwurf der Freie-Wähler-Fraktion, nicht rechtzeitig vor der Sitzung informiert worden zu sein, wies Landrat Josef Laumer aufgrund der kurzfristigen Neuentwicklung zurück, denn erst in der vergangenen Woche hat sich, wie Geiselhörings Bürgermeister Herbert Lichtinger (CSU) bestätigte, besagte Möglichkeit aufgetan. Die Stadt könnte das bisherige Jugendtagungshaus aufgrund seiner Lage gut als Haus für Kinderbetreuung brauchen; gleichzeitig könnte eventuell ein anderes Objekt neues Jugendtagungshaus werden, für dessen Renovierung die Stadt wohl 80 Prozent Förderung durch „Innen statt Außen“ bekäme.

Im am Montag gefassten Beschluss steht daher, dass geprüft wird, ob dem Landkreis in Geiselhöring ein geeignetes Gebäude nach einer Sanierung, finanziert zu 80 Prozent aus diesem Programm, als Jugendtagungshaus zur Verfügung gestellt werden kann. Verworfen wurden drei Anträge des Kreisjugendrings. Der erste war die ursprüngliche Sanierungsplanung, vorgelegt im Herbst 2023, mit einem

Landkreiseigenanteil von rund 4,5 Millionen Euro, der zweite eine „abgespeckte“ Version, Kreiseigenanteil rund 4 Millionen, der dritte war die Idee, das jetzige Gebäude durch die Stadt ablösen zu lassen und nach einem Grundstückstausch ein kompaktes, modernes Haus neu zu bauen; unter Berücksichtigung von Verkaufserlös, Kreisjugendringeigenmitteln und 30 Prozent Zuschuss vom Bayerischen Jugendring wurde der Kreiseigenanteil hier auf rund 2,8 Millionen Euro geschätzt.

Anmieten ist zu teuer

Auch diese Summe: zu hoch. Gleiches gilt angesichts der angespannten Haushaltslage für den Plan, das ehemalige Seniorenwohnheim Rosenium in Wiesenfelden anzumieten. Hier würden – plus einem Investitionskostenzuschuss von 50 000

Euro – pro Jahr 205 000 Euro fällig. „Des is Kaas“, sagte in der Sitzung selbst Kreisjugendringvorsitzender Robert Dollmann, der jedoch darum bat, die Option drei, den Grundstückstausch, nicht gleich mit abzulehnen, weil der Landkreis dann am Ende ein neues, eigenes Gebäude hätte. Martin Kreuz (SPD) stellte sich mit einem Antrag hinter dieses Ansinnen, scheiterte damit in der Abstimmung jedoch, weil das in den Ohren anderer Kreistagsmitglieder zu sehr „nach einem Versprechen“ klang, wie Ewald Seifert (CSU) es ausdrückte.

Der ursprünglich vorgesehene Beschluss wurde dann mit elf Ja- und zwei Neinstimmen angenommen. Wie Kreiskammerin Silke Raml darlegte, steht er einem möglichen Grundstückstausch nicht im Weg: Das durch „Innen statt Außen“ geförderte Objekt könne, mit geänderten Eigentumsverhältnis-

sen, sowohl das bestehende Haus sein als auch ein anderes an einem anderen Standort. Landrat Josef Laumer sprach sich klar für die neuerliche Prüfung von Fördermöglichkeiten aus. Letztlich ist damit nicht einmal besagte Möglichkeit drei ganz endgültig vom Tisch, denn sollte sich eine andere – höhere – Förderung als die bisher berücksichtigte finden lassen, schrumpfte ja wiederum der Eigenanteil des Kreises.

Eine Übergangslösung

Auch wenn übers Jugendtagungshaus schon seit Jahren diskutiert wird, bat Ewald Seifert darum, der endgültigen Entscheidung noch etwas Zeit zu geben, um sie nach weiterer Abklärung der zum Teil neuen Lage zu treffen. Josef Laumer betonte, dass das nicht bedeute, der Jugend kein Angebot mehr zu machen: Ein weiterer Beschlussteil besagt, dass übergangsweise Jugendgruppen aus dem Kreis bei der Durchführung von Tagungen, auch mit Übernachtung, finanziell unterstützt werden; sie könnten ja einstweilen auf Gästehäuser oder ähnliche Räumlichkeiten ausweichen.

Der gemeinsamen Sitzung folgte eine des Kreisausschusses. In dieser wurden die Spenden der Sparkasse Landshut, Gebietsstelle Mallersdorf, in Höhe von 53 824 Euro vorgestellt. Weiter ging es um die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2022 des Kreises sowie die Jahresrechnung 2023, letztere präsentierte Silke Raml. Die Rechnung schloss im Verwaltungshaushalt mit 118,4 Millionen Euro, im Vermögenshaushalt mit 18,7 Millionen Euro, zum Vermögenshaushalt konnten fast 11 Millionen Euro zugeführt werden, das waren rund 4,6 Millionen Euro mehr als ursprünglich gedacht, eine Kreditaufnahme war daher nicht erforderlich, der Allgemeinen Rücklage wurden noch knapp 547 000 Euro zugeführt.

Geschichte des Hauses

Das Jugendtagungshaus in Geiselhöring wurde 1981/82 auf einem Grundstück der Stadt Geiselhöring im Erbbaurecht errichtet. Das Haus hat 40 Betten, diverse Aufenthaltsräume und Säle sowie eine Selbstversorgerküche. Der Landkreis war Bauträger und hat die Betriebsträgerschaft dem Kreisjugendring übertragen. In den 90er Jahren wurde angebaut, doch ist das Haus nicht barrierefrei und hat einen hohen Energieverbrauch.

2022 beschloss der Kreistag, ein Bettenhaus anzubauen, Barrierefreiheit herzustellen und energetisch zu sanieren. Eine Baukostenschätzung 2019 ging noch von rund 3,7 Millionen Euro Baukosten aus. 2024 oder 2025 sollte gebaut werden, doch war 2023 von rund 6,3 Millionen Euro Baukosten die Rede, was nicht zu finanzieren ist. Im Dezember 2023 wurden Ge-

flüchtete im Tagungshaus untergebracht, der Mietvertrag sieht momentan eine Unterbringung bis Ende 2024 vor. Die Stadt Geiselhöring hat nicht, wie von den Freien Wählern in ihrer Fraktionssitzung dargestellt, deswegen den Vertrag für das Grundstück gekündigt. Wie Bürgermeister Herbert Lichtinger betonte, ist die – vorübergehende – Unterbringung Geflüchteter in Absprache zwischen Landratsamt und Stadt erfolgt. Erst bei einer längerdauernden derartigen Nutzung von etlichen Jahren würde die Stadt von ihrem im Erbpachtvertrag hinterlegten Recht Gebrauch machen, das Grundstück zurückzufordern. – Somit können aber keine Mieteinnahmen dort für eine Kreisjugendhausmiete andernorts gegengerechnet werden. Der Kreis hätte bei Anmietung des Roseniums daher 205 000 Euro im Jahr zahlen müssen. –map

Wieder nur vertröstet

Zum Artikel „Und noch immer viele Fragen offen“ in der Ausgabe vom Dienstag.

Wie oft hört man in Grußworten lobende Worte über die Jugend(arbeit) und dass die Jugend unsere Zukunft sei. Wenn es aber darum geht, den schönen Worten Taten folgen zu lassen, dann wird das mit der „Zukunft“ leider wörtlich genommen: Jetzt ist kein Geld für die Jugend da, aber vielleicht in Zukunft!

Es ist nicht verständlich, warum man sich nicht wenigstens die für den Landkreis sehr kostengünstige Variante mit 2,8 Millionen Euro offen halten wollte. Für die Anmietung eines fremden Gebäudes war von Vertretern mehrerer Fraktionen ein jährlicher Zuschuss über 105000 Euro als machbar und unterstützenswert bezeichnet worden. Und viel mehr hätte man auch nicht investieren müssen, um über eine Darlehensfinanzierung ein zeitgemäßes und auf den Bedarf zugeschnittenes neues Jugendtagungshaus zu errichten – hier aber in Eigentum statt in Miete.

Die Variante mit dem Grundstückstausch und 2,8 Millionen Euro als, wohlgemerkt, nachrangige Option hinter einer Finanzierung über „innen statt außen“ zu belassen, wäre für den Kreisjugendring ein gesichtswahrender Ausgang der monatelangen – und mit Einsparvorschlägen in Höhe von 40 Prozent auch sehr erfolgreichen – Bemühungen gewesen, eine gute Lösung für das/ein Jugendtagungshaus zu finden. Denn anders als dargestellt, entsteht bei entsprechender Formulierung kein Versprechen, weder rechtlich noch moralisch. Eher noch könnte da der Kreisjugendring die 2022 vom Kreistag beschlossene und weit in der Planung fortgeschrittene Sanierung und Erweiterung des bestehenden Hauses in Geiselhöring als gebrochenes Versprechen ansehen. Denn auch diese ist mit dem Beschluss gestorben.

Mit der nun einzig verbliebenen Option „innen statt außen“ fühlt man sich fünf Jahre in die Vergangenheit versetzt. Denn bereits 2019 wurde diese Idee schon einmal verfolgt und hat, außer viel vertaner Zeit, nichts gebracht. Wollen wir hoffen, dass der Gebäudesuche dieses Mal mehr Erfolg beschieden ist. Aber dieser liegt nun nicht mehr in der Hand des Jugendrings, sondern in den Händen der Landkreisverwaltung. Es wird sich zeigen, ob – und wann – den Worten aus der Sitzung echte Taten folgen.

Robert Dollmann
KJR-Vorsitzender